



Energiepolitik

Aiwanger: "Corona-Schock darf nicht in einen Energie-Schock übergehen"

22. Februar 2022

MÜNCHEN BDI-Präsident Siegfried Russwurm warnt vor der Abwanderung von Unternehmen wegen der hohen Energiepreise: Dazu kommentiert Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger „Ich teile diese Sorgen. Zwar können wir uns nicht von den Preisentwicklungen auf den Weltmärkten abkoppeln, aber doch hausgemachte Kostentreiber sofort abstellen.“ Dazu gehört das Aussetzen von Steuern und Abgaben auf Energie, die schnellstmögliche Abschaffung der EEG-Umlage und das Absenken der Besteuerung von Strom und Erdgas auf das rechtlich Mögliche. Außerdem müssen die Übertragungsnetzentgelte durch Bundeszuschuss weitestgehend gesenkt und ein Industriestrompreis eingeführt werden. „Diese Entlastungen in Milliardenhöhe für Wirtschaft und Verbraucher sind jetzt nötig, um nach dem Coronaschock nicht nahtlos in den Energieschock überzugehen und die Erholung der Wirtschaft zu gefährden“, erklärt der Staatsminister.

Auch für die privaten Verbraucher fordert der Staatsminister Entlastungen mit sofortiger Wirkung: „Ohne höhere Pendlerpauschale wird der Weg zur Arbeit für viele zum Luxus. Wir müssen die Pauschale schnellstens auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer erhöhen.“ Außerdem sollten die Vorteile des Heizstoffs Holz für Privathaushalte wieder mehr geschätzt werden: „Für viele Normalbürger sind Holzöfen, ob mit Scheitholz, Pellets oder Hackschnitzelheizungen der einzige Weg, ihre Räume zu erschwinglichen Bedingungen warm zu halten, insbesondere wenn sie Eigenleistung einbringen können. Holz wächst nach und setzt bei der Verbrennung lediglich das CO₂ frei, das vorher im Kreislauf der Atmosphäre entnommen wurde. Durch die Gewinnung des günstigen heimischen Energieträgers Brennholz werden also auch die Wälder gepflegt und die Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas reduziert. Wir dürfen die Menschen nicht aus ideologischen Gründen und unter Ausblendung der naturwissenschaftlichen Zusammenhänge in eine kalte Wohnung zwingen oder in den finanziellen Ruin treiben. Die Energiekrise lässt keinen Raum für ideologische Abenteuer. Auch der verstärkte Ausbau der heimischen Erneuerbaren Energien darf künftig nicht mehr durch zu viel Bedenkenrärgerei blockiert werden.“

Ansprechpartnerin:

Katrin Nikolaus,
stellv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 78/22